

Gedenkfeier Holocaust-Gedenktag, 29.01.2023 – Mauthausen Komitee Stuttgart e.V.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten!

Wir sind hier zusammengekommen, um der vielen Millionen Opfer der Konzentrationslager zu gedenken und auch, damit die Naziverbrechen nicht unwidersprochen verharmlost oder gar vergessen werden. Der 27. Januar wurde hier in Deutschland erst 1996 zum Holocaust-Gedenktag erklärt – 51 Jahre nach der Befreiung vom Nazifaschismus. Inzwischen wird im Bundestag und in Landtagen der Opfer gedacht. 2005 erklärten ihn die Vereinten Nationen zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust. Im Bulletin der Bundesregierung vom 27. Januar 2008 ist nachzulesen (ich zitiere): „Wir gedenken der Entrechteten, Gequälten und Ermordeten: der europäischen Juden, der Sinti und Roma, der Zeugen Jehovas, der Millionen verschleppter Slawen, der Zwangsarbeiter, der Homosexuellen, der politischen Gefangenen, der Kranken und Behinderten, all derer, die die nationalsozialistische Ideologie zu Feinden erklärt und verfolgt hatte. Wir erinnern auch an diejenigen, die mutig Widerstand leisteten oder anderen Schutz und Hilfe gewährten.“ (Zitat Ende). Dieser Nennung möchte ich noch all jene hinzufügen, die damals als sogenannte Asoziale und Kriminelle in die Lager deportiert wurden und deren Verfolgung noch immer häufig nicht genannt und meist nicht gewürdigt wird. In den Nazi-Konzentrationslagern wurden Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen – und das an allen Opfern.

Die Auseinandersetzung mit den Naziverbrechen kann Vieles lehren und uns hat sie Vieles gelehrt. Deshalb ist uns das tragische Schicksal der Flüchtenden nicht gleichgültig – und ich nenne an dieser Stelle nur eines von vielen möglichen Beispielen - die heute Schutz und Hilfe suchen, weil sie von Kriegen, Hunger, Unterdrückung, Gewalt und Umweltzerstörungen auf eine lebensgefährliche Flucht gezwungen werden. Ihnen wird von denselben Regierenden, die am 27. Januar oder an anderen Gedenktagen tief betroffen der Naziopfer gedenken, an den Grenzzäunen und Mauern der EU Hilfe und Schutz äußert brutal verwehrt.

Seitdem die Erinnerung an die Naziverbrechen zu einem selbstverständlicheren Teil in der Landes- und Bundespolitik wurde, scheint sie sich – im Spiegel der Tagespolitik betrachtet - häufig in politischer Unverbindlichkeit aufzulösen. Dennoch sind Gedenktage gesellschaftlich wichtige Rituale. Sie bieten den Raum, in dem der geschäftige Alltag unterbrochen wird und man sich der Trauer überlassen kann. Und sie sind für Viele ein Anstoß dafür, die Ursachen des damals staatlich angeordneten Massenmordes zu analysieren um zu begreifen. Der 27. Januar wurde zum internationalen Holocaust-Gedenktag, weil die sowjetische Rote Armee an diesem Tag die drei Konzentrationslager in Auschwitz befreit und damit den industriellen Massenmord in der Tötungsfabrik in Auschwitz Birkenau beendet hat. Inzwischen ist der Name Auschwitz zum Synonym für die Massenvernichtung in allen Konzentrationslagern geworden.

Mit Beginn des 2. Weltkriegs hat sich die nationalsozialistische Gewalt enorm radikalisiert. Der Nazistaat führte einen imperialistischen Krieg, wollte politisch und ökonomisch Weltmacht werden und die Niederlage des 1. Weltkriegs in einen Sieg verwandeln. Nachdem die deutsche Wehrmacht am 1. September 1939 Polen überfallen und das eroberte Territorium besetzt hatte, wurden dort eine Vielzahl an Vernichtungs- und Konzentrationslager in der Absicht errichtet, die jüdische Bevölkerung vor Ort umzubringen. Außer den drei Lagern in Auschwitz waren dies unter anderen die Vernichtungslager Belzec, Majdanek, Sobibor und Treblinka. Schon bald kamen die Güterzüge mit Menschen aus vielen Regionen und Ländern, auch aus Stuttgart. Daran erinnert dieser Gedenkort. Die Lager waren Teil der Kriegsführung und ein nationalsozialistisches Spezifikum. Die Feindbilder für die damalige Kriegspropaganda lieferte die antisemitische, rassistische, antidemokratische und nationalistische Naziideologie.

In den imperialistischen Kriegen der Gegenwart werden andere Geschichten erzählt und andere gesellschaftlich virulenten Ansichten und Überzeugungen benutzt und bedient. Dies geschieht häufig in betonter Abgrenzung zum Nazifaschismus, dem Vernichtungskrieg und der Vernichtungspolitik und es geschieht einzig in dem Kalkül, damit eine gesellschaftliche Mehrheit für diese Kriege zu mobilisieren. Manche erinnern sich sicher noch an die Worte des grünen Außenministers Joschka Fischer, der 1999 seine Zustimmung zur deutschen Beteiligung am NATO-Krieg gegen Jugoslawien damit begründete, dass man ein zweites Auschwitz verhindern müsse. Die US-Regierung setzte den irakischen Staatschef Saddam Hussein und den libyschen Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi mit Hitler gleich und legitimierte damit die Kriege gegen beide Länder. Die russische Regierung holte sich die mehrheitliche Zustimmung für den Krieg gegen die Ukraine mit der Behauptung, gegen die dortigen Faschisten ins Feld zu ziehen.

Egal wo, von wem, oder für welchen imperialistischen Krieg, der argumentative Rückgriff auf die weithin geächteten Naziverbrechen ist ein taktischer Schachzug der Kriegspropaganda, um die wirklichen Motive dahinter zu verstecken. Und leider wird meist nicht mehr erkannt und kritisiert, dass diese Art des historischen Rückbezugs und der Gleichsetzung die NS-Verbrechen relativiert und ihre Singularität leugnet.

Als der 2. Weltkrieg am 8. Mai 1945 endlich beendet war, waren auch die letzten Konzentrations- und Vernichtungslager befreit. Wer mit viel Glück überlebt hatte, hoffte auf eine Zukunft, in der dem Aufbau einer besseren Welt eine Chance gegeben wird und Lehren aus den bestialischen Verbrechen gezogen werden. Auch daran soll angesichts der aktuellen sozialen, ökologischen und kriegsbedingten Verheerungen erinnert werden.

Die Überlebenden des KZ Mauthausen verabschiedeten sich am 16. Mai 1945 von ihren sowjetischen Kameraden mit den Worten – ich zitiere aus dem Mauthausen-Schwur: „Der Friede und die Freiheit sind die Garantien des Glücks der Völker, und der Aufbau der Welt auf neuer Grundlage sozialer und nationaler Gerechtigkeit ist der einzige Weg zur friedlichen Zusammenarbeit der Staaten und Völker. Wir wollen nach erlangter Freiheit und nach Erkämpfung der Freiheit unserer Nationen die internationale Solidarität des Lagers in unserem Gedächtnis bewahren und daraus die Lehren ziehen: Wir werden immer gedenken, mit welch großen blutigen Opfern aller Nationen diese neue Welt erkämpft wurde. Im Gedenken an die Millionen, durch den Nazifaschismus Ermordeten geloben wir, dass wir diesen Weg nie verlassen werden. Auf den sicheren Grundlagen internationaler Gemeinschaft wollen wir das schönste Denkmal, das wir den Gefallenen der Freiheit setzen können errichten: Die Welt des freien Menschen. Wir wenden uns an die ganze Welt mit dem Ruf: Helft uns bei dieser Arbeit. Es lebe die internationale Solidarität! Es lebe die Freiheit!“ (Zitat Ende)

Vielen Überlebenden waren diese Worte zur Verpflichtung geworden. Mit dem Ziel „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ engagierten sie sich zeitlebens in Parteien, Vereinen und internationalen Organisationen. Sie haben die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Naziverbrechen erzwungen und geprägt und die europäische Nachkriegsordnung mitgestaltet.

Die von Bundeskanzler Scholz im Verlauf des Ukrainekriegs verkündete sogenannte Zeitenwende in der deutschen Politik lässt befürchten, dass diese Worte zunehmend an Wirkkraft verlieren.

Im Gedenken an die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung, rufen wir sie heute in Erinnerung!

Vielen Danke!